

- Stahl, Karin: Politische Organisation und Partizipation im nachrevolutionären Kuba. In: Rode (Hrsg.): Kuba. Die isolierte Revolution? Bad Honnef 1993, S. 73–100.
- UNDP: Bericht über menschliche Entwicklung, Bonn 1996.
- Zimbalist, Andrew: Magnitud y costes del embargo de Estados Unidos en Cuba y terceros países. In: Cuba: Apertura económica y relaciones con Europa. Madrid 1994, S. 91–97.
- Zimbalist, Andrew und Claes Brundenius: The Cuban Economy, Measurement and Analysis of Socialist Performance. Baltimore 1989.

Zeitschriften

- Blätter für deutsche und internationale Politik: Dokumente zum Zeitgeschehen. Amerikanische Kuba-Sanktionen gegen Drittländer – Das Helms-Burton-Gesetz vom 16. Juli 1996, Nr. 9 (1996), S. 1143–1148.
- Bohemia: A cuentagotas, Nr. 19 (1995), S. 20–23.
- El País: Cuba pide auxilio a Europa para evitar el colapso sanitario, 1.5.1994.
- El País: El Gobierno cubano acorrala a la iniciativa privada, 25.10.1996.
- Granma: Seguimos creyendo en los enormes beneficios del socialismo, 30.12.1995.
- Granma: Informe del Buro Político, 27.3.1996.
- Granma Internacional: La recuperación económica es irreversible, 14.1.1997.
- IPS: Die kubanische Wirtschaft begibt sich in bislang unbekannte Gewässer, 29.9.1993.
- Miami Herald: Opinion poll takes pulse of Cuba, 18.12.1994.
- Neue Zürcher Zeitung: Stabile Stagnation auf Kuba, 22.1.1997.
- Neue Zürcher Zeitung: Kuba weist Clintons Hilfsangebot zurück, 29.1.1997.
- Trabajadores: La supervivencia de la economía cubana se ha debido ante todo a la capacidad de resistencia del pueblo, Rede des Wirtschaftsministers Jose Luis Rodríguez, 6.11.1995.

Hans-Jürgen Burchardt, Heinkenstraße 3–5, D-28195 Bremen

Journal für Entwicklungspolitik XIII/2, 1997, S. 169–179

Joachim Becker und Michael Baiculescu

Von der sozialistischen zur kapitalistischen Transformation: Der Fall Mosambik

Als die Frelimo 1975 ihr Projekt der sozialistischen Transformation initiierte, war sie sich der externen Restriktionen bewußt. Mosambik war von der portugiesischen Kolonialmacht zu einer Dienstleistungsökonomie für Südafrika und Rhodesien unterentwickelt worden, die sehr lückenhafte Produktionsstrukturen und sehr einseitige Abhängigkeitsstrukturen aufwies. Die beiden siedlerkolonialen Staaten, auf welche die mosambikanische Wirtschaft besonders stark ausgerichtet worden war, standen den mosambikanischen Transformationsbestrebungen außerordentlich feindlich gegenüber und boykottierten teilweise den neuen Staat. Von daher suchte die mosambikanische Regierung einerseits über die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Südafrika und Zimbabwe zur Modifizierung der regionalen Machtverhältnisse beizutragen und später dann im Rahmen der SADCC (Southern Africa Development Coordination Conference) die besonders ausgeprägte Abhängigkeit von Südafrika abzubauen und die Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt durch einen Beitritt zum Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu umgehen. Das Problem des Kapitalmangels sollte einerseits durch eine schnelle Modernisierung der Landwirtschaft und andererseits durch den wachsenden Außenhandel mit dem RGW gemildert werden.

Doch schwanden die außenwirtschaftlichen Spielräume der mosambikanischen Regierung infolge einer arbeitsteiligen militärischen wie wirtschaftlichen Destabilisierung Südafrikas und der westlichen Staaten und einer eskalierenden Auslandsschuld. Der RGW lehnte Mosambiks Aufnahmeantrag 1981 schließlich ab. Nur die DDR, die durch den Handel mit Mosambik profitierte, stimmte für eine Aufnahme.

Statt in die Arbeitsteilung der staatssozialistischen Staaten, mußte sich Mosambik in das internationale Kreditregime der kapitalistischen Staaten einfügen. Dieses internationale Kreditregime sucht über die Zementierung von Abhängigkeitsverhältnissen die Bedienung von Auslandsschulden (wie den Transfer von Gewinnen) strukturell zu gewährleisten (Epstein 1996, S. 216 ff). Schlüsselorganisationen des internationalen Kreditregimes sind Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank. Diesen mußte die mosambikanische Regierung im Rahmen von Umschuldungsverhandlungen maßgeblichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik einräumen. Die darauf folgende neoliberale Wende wurde aber auch von Teilen der Staatsklasse, wie den mosambikanischen Geschäftsleuten, favorisiert (siehe Becker 1988, S. 192 ff). Widerstände gegen das sozialistische Modernisierungsprojekt hatte es aber auch auf dem Land gegeben (siehe Cabaço 1995).

Unser Beitrag versucht die Strategien der verschiedenen internen und externen Akteure zunächst in Hinblick auf den Versuch sozialistischer Transformation, dann in Hinblick auf die neoliberale Transformation und deren Resultate nachzuzeichnen.

Verschuldungskrise

Außenwirtschaftlich bahnten sich bereits in der Konsolidierungsphase nach 1976 massive Probleme an. Die Entwicklung des Warenexportes hielt mit dem Warenimport nicht Schritt. Konnten 1973 mit den Exporterlösen noch 49% der Importe finanziert werden, waren es 1981 nur noch 35% (Abrahamsson und Nilsson 1995, S. 54, Tab. 3.1). Gravierender noch waren die Ausfälle im Dienstleistungsexport. Der Außenhandel war auch in der Kolonialzeit defizitär, die Leistungsbilanz wurde aber immer durch die Dienstleistungsexporte ausgeglichen. Ein Großteil der männlichen Bevölkerung Südmosambiks wurde vom portugiesischen Regime in die Kohle- und Goldminen Südafrikas und Rhodesiens geschickt und diente als Haupteinnahmequelle der Kolonialmacht. Die Häfen und Eisenbahnstrecken Mosambiks, alle in Ost-West-Richtung angelegt, dienten als Transitstrecken und leisteten keinen Beitrag zum Aufbau einer Binnenökonomie.

Südafrika schränkte im Rahmen seiner Destabilisierungspolitik nach 1975 die Rekrutierung von mosambikanischen Wanderarbeitern und den Transitverkehr über Maputo stark ein. So fiel beispielsweise der Umschlag im Hafen der Hauptstadt Maputo auf ein Zehntel. In Südafrika wurde sogar ein neuer Hafen gebaut um den „natürlichen“ Hafen Maputo zu umgehen. Die vor allem in den sechziger Jahren aufgebaute Industrie Mosambiks wiederum, war einseitig auf die Bedürfnisse Portugals und der portugiesischen Siedler ausgerichtet und verlor mit der Unabhängigkeit und dem Auszug der meisten Portugiesen sowohl Kapitalquellen als auch Absatzmärkte.

1976 schloß sich Mosambik dem UNO-Embargo gegen das siedlerkoloniale Rhodesien an, sodaß auch die Einnahmen aus dem Transitverkehr mit Rhodesien ausfielen (siehe Hanlon 1986).

Der Versuch, den Verlust der Dienstleistungsfunktion für die Region durch einen Beitritt zum RGW zu kompensieren, scheiterte an der ablehnenden Haltung eines Großteils der RGW-Mitglieder. Ihnen war der Entwicklungsstand Mosambiks zu niedrig (Hanlon 1984). Und der außenpolitische Stellenwert des südlichen Afrikas war für die sowjetische Regierung zu gering, um eine massive Unterstützung Mosambiks zu rechtfertigen (siehe Becker 1990).

Die von den Portugiesen zurückgelassene Industrie sowie die Plantagenwirtschaft konnte in den ersten fünf Jahren durch gute Organisation und Einsatzbereitschaft aufrechterhalten werden. Der steigende Kapitalmangel und das fehlende Know-how sowohl des Managements als auch der schlecht ausgebildeten Arbeiterschaft, führten zu immer größeren Produktionseinbrüchen.

Als das südafrikanische Apartheidregime Anfang der 80er Jahre die ökonomische durch eine massive militärische Destabilisierung ergänzte, verschlechterte sich die mosambikanische Wirtschaftslage dramatisch (Becker 1988).

Die von Südafrika ausgehaltene Renamo richtete enorme Zerstörungen an der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur an. Die Zahl der Kriegs- und Hungertoten bis zum Kriegsende 1992 wird auf eine Million geschätzt. Ein Drittel der Bevölkerung befand sich auf der Flucht und Ernten fielen aus. Die Produktion ging in allen Bereichen dramatisch zurück. Das Bruttosozialprodukt (in konstanten Preisen von 1980) sank zwischen 1981 und 1985 von 84 Mrd. Meticais auf 54 Mrd. Meticais (Abrahamsson und Nilsson 1995, S. 54, Tab. 3.1).

Noch rapider verschlechterte sich die Handelsbilanz. Die Exporte fielen zwischen 1981 und 1985 wertmäßig um fast Dreiviertel – von 280 Mrd. US\$ auf 77 Mrd. US\$. Die Importe konnten hingegen „nur“ um die Hälfte – von 801 Mrd. US\$ auf 424 Mrd. US\$ – gedrückt werden (ebenda). Leistungsbilanzdefizite und Außenschuld explodierten. Die externe Schuld wuchs von 250 Mio. US\$ im Jahr 1978 auf 450 Mio. US\$ im Jahr 1980 und 1,3 Mrd. US\$ im Jahr 1983. Ende 1983 war Mosambik bei seiner Schuldenbedienung mit 152 Mio. US\$ im Verzug (Becker 1988, S. 219). Damit war eine Umschuldung nicht mehr zu umgehen.

Hinzu kam 1983/84 eine Dürreperiode und eine anschließende Überschwemmungskatastrophe im Süden des Landes. Die westlichen Hilfsgeber machten die Katastrophenhilfe von politischen Konzessionen abhängig.

Umschuldung wie Hilfe hatten ihren politischen Preis: Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Südafrika und Beitritt zu IWF und Weltbank. Erst nachdem die mosambikanische Regierung beide Schritte, die einer Umkehr ihrer bisherigen internationalen Strategie gleichkamen, vollzogen hatte, stimmten die im Pariser Club zusammengeschlossenen westlichen Gläubigerstaaten am 25. Oktober 1984 einer ersten Umschuldung zu.

Dies war der entscheidende Schritt zu einem weitgehenden Kontrollverlust der mosambikanischen Regierung über die nationale Wirtschaftspolitik. Weitere Umschuldungsabkommen wie auch große Teile der Entwicklungszusammenarbeit waren nun vom Einvernehmen mit IWF und Weltbank abhängig.

Die Rolle von IWF und Weltbank

IWF und Weltbank sind die zentralen Organisationen des internationalen Kreditregimes. Wie der „Enforcement“-Ansatz der internationalen politischen Ökonomie herausarbeitet, hat der (internationale) Finanzmarkt seine Besonderheiten. In Gütermärkten werden Waren gegen Geld getauscht, was eine simultane Transaktion ist. Auf Finanzmärkten hingegen gibt ein Gläubiger (oder Investor) hingegen Geld gegen das Versprechen späterer Rück- und Zinszahlung hin. Er hat grundsätzlich keine Garantie, daß der Schuldner zahlt. Bei Kreditgeschäften auf nationalstaatlicher Ebene, können die Gläubiger auf staatliche Durchsetzungsmechanismen zurückgreifen. Auf internationaler Ebene fehlen diese. Von

daher waren und sind die Gläubiger an internationalen Mechanismen interessiert, die ihnen eine Durchsetzung ihrer Vertragsansprüche gewährleisten. Die beste Garantie für die Rück- und Zinszahlung ist eine strukturelle Abhängigkeit, welche die Kosten eines Vertragsbruchs in die Höhe treibt. Auf die Gewährleistung einer strukturellen Abhängigkeit und eine politische Marginalisierung jener gesellschaftlichen Gruppen, die sich an ausländischen Eigentumsrechten vergreifen bzw. an einer kritischen Haltung gegenüber Kreditrückzahlungen interessiert sein könnten, ist damit aus Gläubigersicht das internationale Kreditregime auszurichten. Bei den Konflikten um die Ausgestaltung dieses Systems haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten verstärkt die Gläubiger durchgesetzt (siehe Epstein 1996, S. 216 ff).

Mit dieser grundsätzlichen Aufgabenstellung waren IWF und Weltbank auch besonders geeignet, die Gläubigerinteressen bei der Revision der sozialistischen Transformation wahrzunehmen. Allerdings sind durchaus Unterschiede in der Rollenwahrnehmung beider Organisationen festzustellen.

Der IWF ist seit seinem Beginn zentrale Organisation des internationalen Kreditregimes, während die Weltbank ursprünglich als Entwicklungsagentur konzipiert wurde und erst im Gefolge der Verschuldungskrise der Dritten Welt mit Aufgaben der makroökonomischen Strukturanpassung betraut wurde (Payer 1986). Aufgrund ihrer Projektbeteiligung ist die Weltbank in Dritte Welt-Staaten, auch in Mosambik, stärker unmittelbar präsent. Ihre lokalen Vertreter sehen sich stärker den lokalen Realitäten und auch politischen Debatten und Pressionen – auch seitens anderer Geberstaaten mit einem Interesse am „geregelter Mittelabfluß“ – ausgesetzt, als daß beim IWF je der Fall sein kann. Aufgrund unterschiedlicher Perspektiven kommt es in der Weltbank zu Konflikten zwischen den lokalen Repräsentanten und der Washingtoner Zentrale. Diese Konflikte machen sich nicht zuletzt am potentiellen Spannungsfeld zwischen Projektpolitik und Strukturanpassungspolitik fest. Derartige Spannungen fallen innerhalb des IWF weg, er ist noch „disziplinierter und rigider“ (Hanlon 1996, S. 33).

IWF und Weltbank unterschieden sich in Nuancen auch in der theoretischen Fundierung ihrer Arbeit in Mosambik. Gemäß der monetaristischen Doktrin machte der IWF für die makroökonomischen Ungleichgewichte eine zu expansive Geldpolitik verantwortlich und drängte daher auf eine scharfe Kreditrationierung (siehe Hanlon 1996, S. 25 ff, zu einer grundsätzlichen Kritik der monetaristischen Modelle z.B. Kaldor 1982), während die Weltbank zumindest gewisse angebotsseitige Rigiditäten (z.B. zerstörte Infrastruktur) in Rechnung stellte und bei diesen auch über ihre Projektpolitik ansetzen wollte. Gemeinsam war beiden Institutionen jedoch, daß sie für eine Stabilisierung eine Rehabilitierung des Preismechanismus und eine Stärkung des Privatsektors zur Prämisse machten.

Zwei Phasen der Strukturanpassung

Es lassen sich in Mosambik zwei Phasen der Strukturanpassungspolitik unterscheiden. Anfang 1987 unterschrieb die Frelimo-Regierung ein erstes Abkommen mit den beiden Bretton-Woods-Institutionen und lancierte das Programa de Reabilitação Económica (PRE). Dieses beinhaltete massive Währungsabwertungen, partielle Preisliberalisierungen, starke Staatsbudget-Kürzungen vor allem im sozialen Bereich, die gezielte Stützung einiger Sektoren, begrenzte Privatisierungen bei gleichzeitiger Beibehaltung der staatlichen Kontrolle über die sozialen Dienste (siehe Hanlon 1996, S. 92 ff, Castel-Branco 1994a, S. 66 ff, Castel-Branco 1994b, S. 117 ff, Castel-Branco 1995). Im PRE waren noch einige zentrale Elemente der auf dem IV.-Frelimo-Parteitag erarbeiteten Strategie (Frelimo 1983) enthalten. Das PRE war einerseits ein Kompromiß zwischen den Forderungen von IWF und Weltbank, wobei es stärker an der Weltbankposition orientiert war und andererseits den Interessen einer sich aus der mosambikanischen Staatsklasse herausdifferenzierenden Bourgeoisie und bestimmten mosambikanischen Produktionsinteressen, die an der Eröffnung neuer Tätigkeitsfelder und der Stabilisierung ihrer Eigentumsrechte interessiert waren.

Das Nachfolgeprogramm aus dem Jahr 1990, das Programa de Reabilitação Económica e Social (PRES), war weitaus schärfer neoliberal akzentuiert. Im Vordergrund standen nun eine rigide Kreditrationierung und restriktive Haushaltspolitik, eine völlige Preisfreigabe, radikaler Reallohnabbau, weitere Abwertungen, eine Außenhandelsliberalisierung sowie eine umfassende Privatisierung. Bis September 1995 wurden 502 Firmen privatisiert. Die kleinen gingen oft an Mosambikaner, die großen Filetstücke vor allem an portugiesische oder südafrikanische Investoren (Hanlon 1996, S. 77). Der Bankensektor ist jetzt z.B. fest in portugiesischer Hand (Neue Zürcher Zeitung, 9.10.1996). Relevante Teile der sozialen Dienste gingen in die Hände von NGOs über (Hanlon 1991).

Das PRES trägt eindeutig die Handschrift des IWF. Es ist in Mosambik noch am ehesten mit bestimmten Handels- und Dienstleistungsinteressen – einer zum Teil aus der früheren Staatsklasse heraus entstandenen Import-/Exportbourgeoisie – kompatibel. Hingegen widersprechen die radikale Außenöffnung und die harte Kreditrationierung den Interessen mosambikanischer Industrieller und auch zumindest der eines Teiles der kommerziellen Farmer, welche die Stoßrichtung des PRE durchaus noch unterstützt hatten.

Wirtschaftliche Bilanz

Im Hinblick auf die Reduktion der Inflationsrate war die IWF-/Weltbankpolitik zumindest relativ erfolgreich. Diese sank von 175,8% im Jahr 1987 auf 54,9% im Jahr 1995, allerdings mit einigen Schwankungen (Hanlon 1996, S. 161, Tab. A3.1). Wesentlich düsterer ist die Bilanz bei anderen makroökonomischen Indikatoren.

Ein Indikator, der oftmals herangezogen wird, ist das BIP. Dieser ist in Mosambik nur begrenzt aussagefähig. Einerseits bestehen bei der statistischen Erfassung gähnende Lücken, andererseits wird seine Entwicklung in Staaten wie Mosambik mit ihrer lückenhaften Produktionsstruktur maßgeblich durch die Importmöglichkeiten, die ihrerseits zentral durch den Zufluß von Auslandsmitteln konditioniert sind, beeinflusst.

Trotzdem ist es interessant, daß die Wachstumsperformance in der PRE-Phase trotz Krieg 1987/89 deutlich besser war als in der PRES-Phase Anfang der 90er Jahre. 1987/89 war immerhin ein reales BIP-Wachstum festzustellen – 1987 von 3,8%, 1988 von 5,5% und 1989 von 5,1%. 1990 bis 1992 schrumpfte das BIP hingegen real – 1990 um 1,3%, 1991 um 0,2% und 1992 um 2,6%. Erst nach Abschluß des Friedensabkommens und einem durch die starke UNO-Präsenz ausgelösten Nachfrageboom stieg das BIP 1993 um 19,2% (Abrahamsson und Nilsson 1995, S. 117, Tab. 6.1).

Die Produktionssektoren zeigten insgesamt eine ziemlich schwache Dynamik bzw. sogar starke Produktionseinbrüche. Günstig auf die Landwirtschaftsproduktion wirkte sich das Ende des Krieges aus. Allerdings liegt der Austausch Stadt-Land in weiten Gebieten immer noch darnieder. In vielen ländlichen Gebieten ist nur ein einziger Großhändler (wenn überhaupt) präsent, der das gesamte Handelsgeschehen diktiert und nach der von IWF und Weltbank durchgesetzten Auflösung der Vermarktungsbehörde Agricom auch keine staatliche Konkurrenz mehr zu fürchten hat und nun große Gewinne einstreichen kann (siehe Castel-Branco 1994a, Castel-Branco 1995, Hanlon 1996). Preisanreize, auf die IWF und Weltbank so stark setzen, können so kaum auf die Produktion wirken. Die durchschnittlichen Austauschrelationen verbesserten sich für die Bauern mit dem PRE zunächst, fielen aber ab 1990 deutlich ab. Besonders ungünstig scheinen sich die Austauschrelationen für die Güter der ärmsten Bauern entwickelt zu haben (Castel-Branco 1994a, S. 70 ff, Hanlon 1996, S. 154 ff). Die Preisentwicklung ist regional sehr unterschiedlich (siehe z.B. MediaFAX, 11.6.1996). Die künftige Landwirtschaftsentwicklung hängt stark von der Entwicklung des Landrechts ab. Die reale Tendenz geht, wie schon zu Zeiten staatssozialistischer Transformation, zugunsten von, diesmal privaten, Großbetrieben.

Die Industrie erholte sich 1987 bis 1989 und brach mit dem ultraliberalen PRES ab 1990 völlig ein (siehe Abrahamsson und Nilsson 1995, S. 117 f, Castel-Branco 1994b, Hanlon 1996). Die Kosten für die importierten Vorprodukte stiegen weit schneller als die Verkaufspreise, so daß sich die Erlössituation verschlechterte. Durch die Reallohnsenkungen fiel bei einem Teil der Bevölkerung die Kaufkraft und damit die Absatzmöglichkeiten der Industrie. Der ausländischen Konkurrenz waren mosambikanische Unternehmen mit obsoletem Maschinenpark (oft noch aus der Kolonialzeit), geringer Kapazitätsauslastung (oft nur 10–20%) und entsprechend ungünstiger Kostenstruktur kaum gewachsen. Zugang zu Krediten hatten sie mit der Kreditrationierungspolitik des IWF kaum, so daß auch von daher eine Modernisierung des Produktionsapparates er-

schwert wurde. Der Anteil der Industrie am staatlichen Investitionsbudget war, wie jener der Landwirtschaft, rückläufig. Die Privatisierungspolitik zerschlug z.T. noch bestehende Produktionskomplexe und wirkte damit problemverschärfend.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen im Produktionsbereich ist es nicht überraschend, daß auch die außenwirtschaftliche Bilanz nicht berauschend ausfällt. Aufgrund der geringen Preiselastizität der Nachfrage für Mosambiks Exportprodukte war die exportstimulierende Wirkung der Abwertungen gering. Preiserhöhungen in nationaler Währung kamen eher dem Zwischenhandel als den Produzenten zugute, so daß sich ihre stimulierende Wirkung in Grenzen hielt. Zudem setzten die Abwertungen eine Abwertungs-Inflations-Abwertungs-spirale in Gang. Nach offiziellen Statistiken stieg der Warenexport von 1987 bis 1991 von 97 Mio. US\$ auf 162 Mio. US\$, um bis 1993 wieder auf 132 Mio. US\$ zurückzufallen. Das Exportniveau von 1981 mit 280 Mio. US\$ wurde in keinem der Strukturanpassungsjahre auch nur annähernd erreicht. Die Exportquote lag 1993 mit 9% ebenfalls niedriger als 1981, als 12% des BIP erreicht wurden (Abrahamsson und Nilsson 1995, S. 124, Tab. 6.4). Der Deckungsgrad des Warenimports durch den -export bewegte sich von 1987 bis 1993 stabil um die 15% und lag damit ebenfalls weit niedriger als im Jahr 1981 mit 35%. Die Importquote oszillierte zwischen 42% und 77% des BIP mit steigender Tendenz (ebda., S. 124, Tab. 6.4). Sowohl bei Ex- als auch bei Importen sind die offiziellen Zahlen deutlich zu niedrig angegeben, da ein wachsender Warenanteil an den korrupten, weil extrem unterbezahlten, Zollbeamten vorbei, über die Grenze gebracht wird.

Trotz erheblicher Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die durch Südafrikas Destabilisierungspolitik schwerste Schäden erlitten hatte, erzielte Mosambik im Transitverkehr zwar steigende Einnahmen, aber keinen durchschlagenden Erfolg. Daher vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit von 1987 bis 1993 von 693 Mio. US\$ auf 944 Mio. US\$, sofern Zuschüsse und Transfers unberücksichtigt bleiben. Damit belief sich dieses Defizit bezogen auf das BIP 1993 auf astronomische 65% (ebda., S. 126, Tab. 6.5). Die Auslandsschuld stieg zwischen 1987 und 1993 von 4,043 Mrd. US\$ auf 5,326 Mrd. US\$ an (World Bank 1994, S. 330). Die Abhängigkeit von Auslandshilfe blieb extrem hoch.

Insoweit das Ziel von IWF und Weltbank eine Zementierung der Abhängigkeit war, kann man von einer hohen Zielerreichung sprechen.

Soziale Bilanz

Die Strukturanpassungspolitik hat zu einer starken Informalisierung der Ökonomie und einer enormen sozialen Einkommenspolarisation geführt. Nach 1987 sprach man auf der Straße nicht von PRE sondern von PRI, dem Programa de Reabilitação Individual.

Auf dem Land ist die Situation sehr unübersichtlich. Die wenigen verfügbaren Daten sprechen dafür, daß die ärmeren Bauern durch PRE und PRES schlechter

abgeschnitten haben als die etwas wohlhabenderen (siehe vor allem Hanlon 1996, S. 154 ff). Die zurückkehrenden Flüchtlinge stehen noch vor großen Integrationsproblemen. Die regionalen Unterschiede sind erheblich. In manchen Regionen sind Kleinbauern in völlige Abhängigkeit vom Agrobusiness geraten, die an die koloniale Vergangenheit erinnert (Hanlon 1996, S. 80 ff). Viele Kleinbauern müssen um ihre Landrechte fürchten, insbesondere in relativ verkehrsgünstigen Gebieten. Sie sehen sich vielfach mit einer unheiligen Allianz aus zuständigen Bürokraten und potentiellen kommerziellen Farmern konfrontiert.

Die Lohnbeschäftigung ist seit 1990, wie Mole (1994, S. 164) hervorhebt, insbesondere bei sich in Privathänden und im Privatisierungsprozeß befindlichen Unternehmen, stark abgebaut worden. Beispielsweise in der Industrie zwischen 1987 und 1992 von 111.000 auf 69.000 (ebda., S. 165, Tab. 4). Damit ist ein wachsender Teil der ca. 7 Mio. Mosambikaner im erwerbsfähigen Alter auf Arbeiten im informellen Sektor angewiesen. An einem Gehalt hängen immer mehr Personen. Gleichzeitig sind im Rahmen der Strukturanpassungspolitik die Reallöhne, insbesondere seit 1990, drastisch abgebaut worden. Bewegten sich die Gehälter im öffentlichen Dienst 1991 zwischen 31 US\$ und 500 US\$ monatlich, lagen sie fünf Jahre später nur noch zwischen 20 US\$ und 150 US\$. Nach Berechnungen von UNDP und Unicef lagen für zwei Drittel der öffentlich Bediensteten die Gehälter unterhalb der Grenze zur absoluten Armut (Hanlon 1996, S. 49). Die Folge war ein enormer Aderlaß zu ausländischen NGOs, die weit besser zahlten (siehe Hanlon 1991). Auch die Korruption nahm enorm zu. Damit ist auch der Zugang der Bevölkerung zu öffentlichen Dienstleistungen schwieriger und faktisch auch teurer geworden. Die Zerstörungen der sozialen Infrastruktur durch die Renamo konnten nicht behoben werden. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, nach der Unabhängigkeit von der Frelimo-Regierung stark ausgebaut und der Bevölkerung zum Teil zum ersten Mal zugänglich gemacht, wurden vielfach zerstört und können aufgrund der Budgetrestriktionen auch jetzt nicht wieder zugänglich gemacht werden. Die Gesundheitsversorgung ist den meisten Mosambikanern unerschwinglich geworden und nur schätzungsweise 30% der Kinder haben einen Schulplatz.

Wandel der Staatlichkeit

Fiskalisch ist der mosambikanische Staat derzeit weniger vom Gang der Geschäfte, als von der Auslandshilfe abhängig. Somit ist er strukturell einer extremen externen Konditionierung ausgesetzt. Seine administrative Handlungskompetenz hat durch Personalverlust, durch die Parzellierung des Staatsapparates in Einflußgebiete einzelner Geber und zum Teil durch die Auflassung wichtiger Institutionen starke Einschränkungen erfahren.

Damit ist auch die Bedeutung der Restrukturierung der inländischen Zugangskanäle zur Staatsmacht und der Veränderungen der Zivilgesellschaft sehr zu relativieren.

Nach der Wende in der Außen- und Wirtschaftspolitik stimmte die Frelimo unter äußerem Druck im Rahmen der Friedensverhandlungen mit der Renamo 1990 auch der Einführung eines Mehrparteiensystems zu. Nach den Wahlen 1994 veränderte sich damit der Zugang zu den staatlichen Entscheidungszentren. War Partizipation zuvor stark über die stark zentralisierte Einheitspartei vermittelt gewesen, ging es nun um Parteienkonkurrenz. Allerdings profilierten sich die Parteien in den ersten Wahlen inhaltlich kaum. Die Frelimo verwies bestenfalls auf ihre Praxis, während die aus einer Söldnertruppe zur politischen Partei transformierte Renamo jedes kohärente Programm schuldig blieb und dem Lokalismus frönte (siehe Cabaço 1995). Die Frelimo konnte sich als moderne Kraft eher in den Städten profilieren und schnitt dort im Schnitt auch deutlich besser ab als auf dem Land (de Brito 1995, S. 485 ff). Die Verankerung der Frelimo in der Landbevölkerung hatte sich während des Krieges schon gelockert (und zum Teil weit mehr als das), und die Landbevölkerung hat im Übergang zum Mehrparteiensystem in der Frelimo anscheinend weiter an Einflußmöglichkeiten verloren. Der Renamo kamen Unmut über die Agrarpolitik der Regierung und ihre frühere Unfähigkeit, die Landbevölkerung wirksam zu schützen, offenbar zugute. Trotz ihrer Vergangenheit kam sie in den Parlamentswahlen auf 37,8% der Stimmen gegenüber 44,3% für die Frelimo. Ihr Präsidentschaftskandidat verlor hingegen mit 33,7% zu 53,3% gegen Präsident Joaquim Chissano deutlich (siehe Details bei de Brito 1995).

Erfolgreich widersetzte sich die Frelimo dem Wunsch der westlichen Regierungen nach einer Koalitionsregierung mit der Renamo und besetzte auch die Schlüsselpositionen in den Provinzen mit ihren Leuten. Kommunalwahlen stehen noch aus. Wegen der großen Heterogenität des Landes und der vielfach relativ starken Isolierung der Dörfer hat die Kommunalregierung auf dem Land eine ziemlich hohe Bedeutung, zumal sie faktisch über die kommunalen Landnutzungsrechte entscheidet. Auf dem Land hängt viel davon ab, wie die Kommunalverwaltungen strukturiert sein werden, ob entscheidende Funktionen bei gewählten Gremien oder ex officio bei „traditionellen“ Autoritäten liegen werden. Sollte die Position der „traditionellen“ Autoritäten, wie von der Renamo gewünscht und von der Frelimo ebenfalls avisiert, nachhaltig gestärkt werden, ginge dies zu Lasten der Frauen und jüngeren Bevölkerungsgruppen (siehe Roesch 1994).

Die sozialen Bewegungen müssen angesichts der veränderten sozio-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ebenfalls ihre Arbeit verändern. Die früheren Massenbewegungen der Frelimo mußten ihre Position zur Partei neu definieren und sich gleichzeitig den rasch ändernden sozialen Verhältnissen und der Konkurrenz durch neue Organisationen stellen. Die Gewerkschaften sind angesichts des Lohnbeschäftigungsabbaus, drastischer Reallohnkürzung und Formen des Wild-West-Kapitalismus stark in Bedrängnis. Die rapid wachsende städtische Marginalbevölkerung ist kaum organisiert. Ambivalent ist das Bild bei der kleinbäuerlichen Bevölkerung, die zumindest in einigen Gebieten gut organisiert ist. Die mosambikanischen Geschäftsleute haben sich in diversen

Verbänden organisiert, haben in der Zeitung Savana ein sympathisierendes Presseorgan und treten gegenüber Regierung und dem IWF/Weltbank-Gespann zuweilen kritisch auf. Sie favorisieren eine stärker nationalkapitalistische Entwicklung. Allerdings ist der Einfluß der sozialen Bewegungen auf die Politik des Staates aufgrund dessen starker externer Konditionierung gering. Zudem sind im Rahmen der Strukturanpassungspolitik große Bereiche der staatlichen und demokratischen Entscheidung entzogen worden. Insofern sind die Grenzen der Demokratisierung, wie Castel-Branco (1995, S. 63 ff) anmerkt, sehr eng gesetzt.

Gewisse Spielräume könnten sich für mosambikanische Kritiker der Strukturanpassung, die unter Frelimo-Parlamentariern (siehe Mavie 1996) und in manchen sozialen Bewegungen zu finden sind, durch Interessenunterschiede zwischen internationalen Finanzinstitutionen und Gläubigern aufbauen. Die monetaristische IWF-Politik konterkariert mit ihren extremen Kreditrestriktionen in Teilen die Projektpolitik der Weltbank und der Geberstaaten. Dies führte Ende 1995 sogar zum offenen Eklat (siehe Hanlon 1996). Zudem scheinen auch einige Geber zu fürchten, daß die ultraliberale Politik zu gesellschaftlichen Auflösungserscheinungen führen könnte.

Daß die Spielräume genutzt werden können ist aber unwahrscheinlich. Divergierende Interessen innerhalb der Regierungspartei als auch die Konkurrenz zur Renamo führen eher zu beharrlichen Handlungsmustern der Machtab-sicherung denn zu offensiven Konzepten. Die Frelimo kann nicht, aber man kann nicht ohne sie.

Abstracts

The contribution analyses the strategies of the various internal and external actors first in regard to the attempt of socialist transformation, then in regard to current neoliberal transformation. In the case of neoliberal transformation, there is a special focus on the role of IMF and World Bank.

Der Beitrag analysiert die Strategien der verschiedenen internen und externen Akteure zunächst in Hinblick auf den Versuch sozialistischer Transformation, dann im Hinblick auf die neoliberale Transformation. Bei letzterem gilt besonderes Augenmerk der Rolle von IWF und Weltbank.

Literatur

- Abrahamsson, Hans und Anders Nilsson: Mozambique: the Troubled Transition. From Socialist Construction to Free Market Capitalism. London u.a.O. 1995.
 Becker, Joachim: Angola, Mosambik und Zimbabwe. Im Visier Südafrikas. Köln 1988.
 Becker, Joachim: Aus dem Osten etwas Neues: Die Politik der Sowjetunion gegenüber Südafrika. In: informationsdienst südliches afrika, Nr. 2 (1990), S. 14–16.
 Cabaço, Luis: A longa Estrada da Democracia Moçambicana. In: Mazula, Brazão (Hrsg.): Moçambique: Eleições, Democracia e Desenvolvimento. Maputo 1995.

- Castel-Branco, Carlos-Nuno: Problemas Estruturais do Desenvolvimento Agrário. In: Castel-Branco, Carlos-Nuno (Hrsg.): Moçambique. Perspectivas Económicas. Maputo 1994, S. 31–86 (1994a).
 Castel-Branco, Carlos-Nuno: Problemas Estruturais de Industrialização: A Indústria Transformadora. In: Castel-Branco, Carlos-Nuno (Hrsg.): Moçambique. Perspectivas Económicas. Maputo 1994, S. 87–157 (1994b).
 Castel-Branco, Carlos-Nuno: Opções Económicas de Moçambique 1975–95: Problemas, Lições e Ideias Alternativas. In: Mazula, Brazão (Hrsg.): Moçambique: Eleições, Democracia e Desenvolvimento. Maputo 1995.
 de Brito, Luis: O Comportamento Eleitoral nas Primeiras Eleições Multipartidárias em Moçambique. In: Mazula, Brazão (Hrsg.): Moçambique: Eleições, Democracia e Desenvolvimento. Maputo 1995, S. 473–499.
 Epstein, Gerald: International Capital Mobility and the Scope for National Economic Management. In: Boyer, Robert und Daniel Drache (Hrsg.): States against Markets. The Limits of Globalization. London/New York 1996, S. 211–224.
 Hanlon, Joseph: Mozambique: the Revolution Under Fire. London 1984.
 Hanlon, Joseph: Beggar Your Neighbours. London 1986.
 Hanlon, Joseph: Peace Without Profit. How the IMF Blocks Rebuilding in Mozambique. Oxford/Portsmouth 1996.
 Kaldor, Nicholas: Geldtheorie und Geldpolitik aus keynsianischer Sicht. In: Albers, Witte et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft. Bd. 3. Stuttgart 1982, S. 412–423.
 Mavie, Gustavo: Parliament versus Bretton Woods. In: Southern Africa Political and Economic Monthly, February (1996), S. 20–22.
 Mole, Paulo Nicua: O Impacto Social do Programa de Ajustamento Económico. In: Castel-Branco, Carlos Nuno (Hrsg.): Moçambique. Perspectivas Económicas. Maputo 1994, S. 158–174.
 Partido Frelimo: Directivas Económicas e Sociais. Maputo 1983.
 Payer, Cheryl: The World Bank: a New Role in the Debt Crisis? In: World Development, 8/2 (1986), S. 658–676.
 Roesch, Otto: Bauern: zwischen Pluralismus und Neotraditionalismus: In: Mosambik-Rundbrief, Nr. 33 (1994), S. 11–13.
 World Bank: World Debt Tables 1994–95. External Financing for Developing Countries. Vol. 2. Washington D.C. 1994.

Tageszeitungen

MediaFax (Maputo).
 Neue Zürcher Zeitung.

Joachim Becker, Strohmayergasse 11/24, A-1060 Wien
 Michael Baiculescu, Ferdinandstraße 27/3/33, A-1020 Wien